

Neues aus dem Neckartal
in Farbe jetzt auch auf
www.tuebingen.die-linke-bw.de

Ortsverband Rottenburg
Hirrlingen Starzach Neustetten
www.die-linke-rottenburg.de

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Bürgerentscheid über Gewerbegebiete

Gemeinderatsdrama in fünf Akten

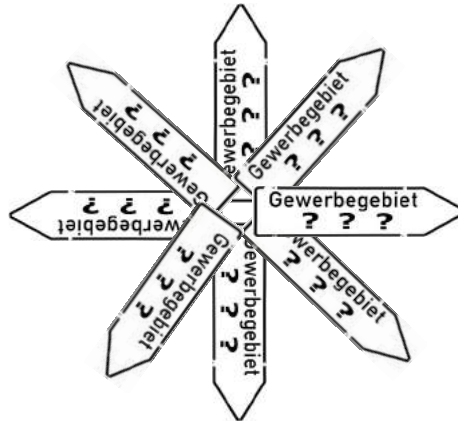
1. Akt

Zu recht befürchtete die Rathauspitze (Neher, Weigel, Bednarz) am 20. März zahlreiche Interessierte zur Beratung des Gemeinderats über die Gewerbe-strategie der Stadt. Denn noch nie hatten in den letzten Jahren so viele Leserbrief-e, noch nie so viele Unterschriften gegen diese Absicht von CDU, SPD und JA-Sagern Stellung genommen. Also beschloss das Rathaus-Trio von vornherein einen Teilausschluss der Öffentlichkeit, stellte Ordnungskräfte auf (die nur 200 Zuhörer einließen) und blockierten den Eingang zum Sitzungssaal nach 80 Zuhörern mit blauen Karten. Ein größerer Sitzungssaal kam für das Trio nicht in Frage.

2. Akt

Das Trio ließ als „Tischvorlage“ kurzfristig einen veränderten Beschlussantrag an die Gemeinderäte austeilen, die keinerlei Zeit mehr hatten, diesen in ihren Fraktionen zu beraten. Ziel war offensichtlich, durch sechs „Konkretisierungen“ Verwirrung zu stiften

und zugleich die Grünen in Rottenburgs Gro.K.O. „einzubinden“, indem einige Vorschläge aufgenommen wurden.



3. Akt

In der Bürgerfragestunde und in der Debatte verweigerte OB Neher alle konkreten Nachfragen zu den Beschlüssen des Regionalverbands Neckar-Alb über die Gewerbe-strategie. Kein Wunder! Bereits im April 2015 war er einer der Hauptakteure im Regionalverband für eine Ausweitung

neuer Gewerbegebiete unter dem Motto „Nicht kleckern – klotzen“. Den Gemeinderat informierte er darüber nie!

4. Akt

Ein Bananen essender OB überließ Finanzbürgermeister Bednarz das Wort für eine langatmige Rede: Rottenburg verpasse die Chance, auf den Regionalplan Einfluss zu nehmen, und werde von anderen Gewerbestandorten wie Empfingen, Horb und Dusslingen abgehängt, wenn es sich jetzt nicht entscheide. Schließlich würden die Alleinerziehenden vom Gewerbe (vor Ort) profitieren und müssten weniger Fahr-geld zahlen – als hätte die SPD in den letzten Jahren irgend etwas für Alleinerziehende getan!

5. Akt

Die Mehrheit des Gemeinderats (20 zu 11 Stimmen) erteilte OB Neher einen Blanko-Scheck für neue Gewerbe-

Lesen Sie weiter: Stuttgart 21 - Ex-Bahnchef Grube in Herrenknechts Diensten Seite 3
Ausschluss der Öffentlichkeit? Seite 4
Rottenburger Träume Seite 5
Wie „Real“ in Weilheim mit Leiharbeitern umgeht Seite 7

Biete, denn Neher ließ sich ausdrücklich als letzten Punkt des Beschlusses das gesamte Strategieprogramm „mit seinen Prioritäten, Bewertungen und Handlungsempfehlungen“ trotz aller Widersprüche, Lücken, fragwürdigen Prognosen und Schätzungen bestätigen. Die fünf SPD-Stimmen retteten OB Neher vor einem Fiasko: Hätte die SPD nicht mitgezogen, wäre die Vorlage mit 15 zu 16 gescheitert!

Gewerbegebiete – eine beschlossene Sache?

Trotz des Beschlusses des Gemeinderats (GR) ist keine konkrete Fläche beschlossen worden. Der jetzige Beschluss geht zunächst an den Regionalverband, der den Rottenburger Antrag mit Anträgen der anderen Kommunen in den Landkreisen Tübingen, Zollern-Alb und Reutlingen abgleichen muss. Erst nach einer Gesamtfestlegung kann Rottenburgs Gemeinderat über eine (zugelassene) Fläche beschließen.

ABER: Der Blanko-Scheck beschränkt mögliche Gewerbegebiete keineswegs auf Kiebingen (Herdweg/ Rammert), Dätzigweg-Spitze und Flugfeld Baisingen! Im beschlossenen Strategieprogramm werden für „Potenzialflächen“ ausdrücklich Wurmlingen, Wendelsheim, Seebromm, Ergenzingen, Hemmendorf und Dettingen genannt! Nicht

zufällig geht das Strategiepapier von 30-35 ha Fläche in den nächsten 10-15 Jahren allein für Rottenburg aus.

Wie funktioniert der Bürgerentscheid?

Inzwischen hat sich das Aktionsbündnis „Kein Gewerbegebiet Galgenfeld“ mit großer Unterstützung aus vielen Teilorten für einen Bürgerentscheid ausgesprochen. Er erfolgt in zwei Schritten.
Erster Schritt:

Drei Monate nach dem Beschluss des Gemeinderats (GR) müssen bis zum 21. Juni 2.500 Wahlberechtigte über 16 Jahre mit Wohnsitz Rottenburg (auch EU-Bürger) den Antrag auf einen Bürgerentscheid zum GR-Beschluss stellen. Die Unterschriften werden auf ihre Richtigkeit geprüft.

Zweiter Schritt:

Am Bürgerentscheid müssen sich mindestens 20 Prozent der Wahlberechtigten beteiligen (ca. 7.800 Personen). Davon entscheidet die Mehrheit, ob der GR-Beschluss angenommen oder abgelehnt wird.

WICHTIG: Die bisherigen gesamten Unterschriften gelten nicht, sondern müssen auf der Liste erneuert werden!

Dieser Bürgerentscheid ist ein Grundsatzbeschluss und richtungsweisend für die nächsten 10-15 Jahre. Es geht nicht nur um den Herdweg/ Rammert, sondern um die Zerstörung von wertvollen Ackerflächen und Natur in vielen Teilorten Rottenburgs: Gewerbe zieht mehr Verkehr an, CO2 kennt keine Gemeindegrenzen. Deshalb sollte die Bürgerschaft Rottenburgs in einem Bürgerentscheid selbst über eine zukunftsweisende, nachhaltige Entwicklung unserer schönen Stadt entscheiden.

Unterstützen Sie das Bürgerbegehren und sammeln Sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, auf Partys, Festen, Spielplätzen und beim Grillen Unterschriften!

Global denken – lokal handeln!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Ergenzingen endlich in den VVS Gastbeitrag von Irmgard Kussauer, Ergenzingen

Der Gemeinderat beschloss in seiner letzten Sitzung, die Aufnahme Ergenzingens in den VVS zu beantragen und darüber mit dem Landratsamt und den Verkehrsverbänden naldo und VVS zu verhandeln.

Jahrelang hatten insbesondere die vielen Einpendler aus dem Gewerbegebiet und die Auspendler in den Großraum Stuttgart die Aufnahme in den VVS gefordert. Bisher musste man für die drei Kilometer nach Bondorf – ab hier gilt der VVS – 2,60 Euro zahlen. Viele nahmen bis dahin das Auto oder fuhren gleich ganz nach Stuttgart.

Die Belastung der Umwelt ist durch den Protest gegen die wachsende

Feinstaubbelastung und die Überlastung im Stuttgarter Innenstadtverkehr sehr groß geworden. Die drohenden Fahrverbote für Dieselfahrzeuge haben dazu beigetragen, dass Bewegung in das Thema kommt.

Jetzt ist der „Grundlastenausgleich“,



d.h. das Einstiegsticket in den VVS, billiger geworden und



nicht nur Tagestickets, sondern auch Monatstickets für Pendler sollen dann gleich preiswerter werden. Allerdings ist naldo immer noch „nicht im Boot“.

DIE LINKE hat zugesichert, dass sie die „Interessengemeinschaft zur Verbesserung der Bahnverbindung Ergenzingen“ wie bisher im Gemeinderat Rottenburg und im Kreistag Tübingen dabei unterstützt, dass es endlich und schnell zu einer Lösung kommt.



Der Stuttgart 21-Skandal

Ex-Bahnchef Grube in Herrenknechts Diensten

Erinnern wir uns: Bis Anfang 2017 war Rüdiger Grube Chef der Deutschen Bahn AG. Doch dann der Paukenschlag: Grube wirft das Handtuch.

Dass er gehen sollte bzw. sein Vertrag nicht verlängert werden sollte, war ja schon seit längerem bekannt, denn er war beim Bahn-Aufsichtsrat u. a. wegen Stuttgart 21 in Ungnade gefallen. Am liebsten wäre Grube noch für weitere fünf Jahre in seinem „Traumjob“ geblieben, aber das machte der Aufsichtsrat nicht mit, der ihm zunächst nur drei Jahre in Aussicht stellte. Aber der Aufsichtsrat wollte ihm nur noch zwei Jahre zubilligen. Für Grube war das gegen die Absprache, er kündigte fristlos und verließ noch am selben Tag seinen Arbeitsplatz. Doch in Wirklichkeit ging es bei Grubes Rücktritt wohl nicht nur um die Vertragsverlängerung, sondern um Stuttgart 21. Hier hat sich Grube besonders bei den Kosten ganz offensichtlich verspekuliert und trägt dafür die volle Verantwortung, die er aber nicht übernehmen wollte. Trotz allem wurde sein Abgang bei der DB mit 2,3 Millionen Euro dotiert.

Doch wie ging es nun mit Grube weiter? Zunächst fand er seinen neuen „Wirkungskreis“ als Aufsichtsratsvorsitzender der Hamburger Hafen- und Logistik AG (HHLA). Dann übernahm er bei der Investmentbank Lazard den Spitzenjob als Chairman für das Deutschlandgeschäft. Lazard ist eine der wichtigsten Investmentbanken in Deutschland, die Kundengelder in Höhe von 200 Milliarden US-Dollar verwaltet und vermehrt, was darin besteht, Firmen aufzukaufen, die Belegschaft auszudünnen und das Unternehmen dann mit sattem Gewinn zu verkaufen. Es spricht sehr viel dafür, dass Grube diesen Top-Job als Dank dafür bekam, weil er in seiner Zeit als Bahn-Chef dem Lazard-Konzern satte Aufträge der Deutschen Bahn AG hatte zukommen lassen.

Schließlich verlieh ihm die Technische Universität Hamburg (TUHH) die Ehrenprofessur, er ist nun Professor honoris causa. Doch schon einmal sollte ihm eine vergleichbare Ehrung zuteil werden, als ihm im Jahr 2012 von der Universität Stuttgart die Würde eines

Ehrensensors zugesprochen werden sollte. Doch dazu kam es nicht, denn es gab heftige Proteste seitens der Stuttgarter Uni an jemanden, der sich aktiv an der „Teilzerstörung des Wahrzeichens der Stadt Stuttgart, des Bonatzbaus“, beteiligt. Nur nebenbei: Minis-



terpräsident Winfried Kretschmann hatte als ehemaliger S21-Gegner solche Ehrenprofessur-Titel ja auch einigen „S21-Lautsprechern“ verliehen, darunter dem ehemaligen Stuttgarter OB Wolfgang Schuster und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Erwin Teufel.

Doch damit nicht genug. Seit kurzem ist Grube auch noch Berater der Tunnelbaufirma Herrenknecht. Zu diesem neuen Job heißt es, er würde Herrenknecht-Vertreter bzw. Martin Herrenknecht als Firmen-Chef persönlich darin beraten, wie diese „bei Gesprächen mit Spitzenpolitikern“ zu agieren hätten. Berichtet wird sogar, dass er die Herrenknecht-Leute bei einem Termin bei der damaligen Wirtschaftsministerin Zypries „begleitet“ hätte.

Nun ist Herrenknecht einer der Hauptprofiteure von Stuttgart 21, wobei Grube als Bahnchef Dutzende von Aufträgen an Herrenknecht vergeben hat. Somit verfügt Grube über ein enormes Insiderwissen und hat alle Kenntnisse, wie die DB AG „tickt“. Er könne die Aufträge identifizieren, die noch zu ergattern sind, und weiß, welche neuen Projekte in den Schubladen liegen.

Korruption ist eine Erklärung, warum ein Projekt wie Stuttgart 21 gegen jeden Sinn und Verstand einfach weiter gebaut wird. Ein besonders spektakuläres Indiz hierfür ist laut SPIEGEL dieser Beratervertrag mit der Fa. Herrenknecht, der dieser Tür und Tor in die Welt auftraggebender Politiker und Minister eröffnet hat. Der Verdacht drängt sich auf, dass Herrenknecht sich hiermit erkenntlich zeigt für Hunderte Millionen schwere Tunnelbauaufträge bei Stuttgart 21. Dies könne als antizi-

pative Korruption bezeichnet werden: Die „Leistung“ hätte Grube dann während seiner Amtszeit als Bahnchef erbracht, wobei er die spätere „Honorierung“ mit einem Beratervertrag antizipiert habe.

Hierbei sei allerdings rechtlich zu prüfen, ob Grube nicht gegen Treuepflichten gegenüber der DB aus seinem Arbeits- bzw. Auflösungsvertrag verstoßen habe. Ein Grund mehr, so Bündnissprecher

und Rechtsanwalt Dr. Eisenhart von Loeper, dass die Berliner Staatsanwaltschaft endlich die längst überfälligen Ermittlungen aufgrund der Anzeigen gegen die Bahnverantwortlichen aufnimmt. Das angestrebte, an Strafverfolgung grenzende Wegschauen der Justiz generell bei Stuttgart 21 leiste den mutmaßlichen schattenwirtschaftlichen Geschäften à la Grube / Herrenknecht Vorschub und begünstige Skandalprojekte wie Stuttgart 21. Was die Einflussnahme auf politische Auftraggeber anbelangt, ist Tunnelmaschinenbauer Martin Herrenknecht kein unbeschriebenes Blatt: wenige Wochen vor Abschluss des Finanzierungsvertrags zu Stuttgart 21 im Jahre 2009 spendierte Herrenknecht der damals in Stadt und Land dominierenden CDU 70.000 Euro – ein Schelm, der Böses dabei denkt. Von Loeper fordert die Bundesregierung auf, künftig keine Wirtschaftslobbyisten mehr, sondern Bahnprofis in den DB-Aufsichtsrat zu entsenden und auf Vorstandspositionen zu hieven. Zu prüfen sei weiter, ob nicht die für Minister und Staatssekretäre geltenden gesetzlichen Karenzregelungen (bis zu 18 Monate Karenz bei Interessenkollisionen) per Arbeitsvertrag auf Vorstände öffentlich beherrschter Unternehmen ausgedehnt werden sollte.

Daher ist es notwendig, Leuten wie dem „ehrbaren Hamburger Kaufmann“ Grube und Herrenknecht besonders auf die Finger zu schauen, weshalb wir auch weiterhin

O BEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

War es Ausschluss der Öffentlichkeit?

Gemeindeordnung für Baden-
Württemberg
(Gemeindeordnung - GemO)
in der Fassung vom 24. Juli 2000

§ 35
Öffentlichkeit der Sitzungen

**(1) Die Sitzungen des Gemeinderats
sind öffentlich. ...**

"Der Grundsatz der Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzung gehört zu den wesentlichen Verfahrensbestimmungen des Gemeinderechts. Er hat die Funktion, dem Gemeindegänger Einblick in die Tätigkeit der Vertretungskörperschaften und ihrer einzelnen Mitglieder zu ermöglichen und dadurch eine auf eigener Kenntnis und Beurteilung beruhende Grundlage für eine sachgerechte Kritik sowie eine Willensbildung zu schaffen, den Gemeinderat der allgemeinen Kon-

trolle der Öffentlichkeit zu unterziehen und dazu beizutragen, der unzulässigen Einwirkung persönlicher Beziehungen, Einflüsse und Interessen auf die Beschlussfassung des Gemeinderats vorzubeugen. Der Verstoß gegen das Gebot der Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzung begründet regelmäßig eine schwerwiegende Verfahrensrechtsverletzung und führt daher zur Rechtswidrigkeit eines Gemeinderatsbeschlusses." (BGH, Urteil vom 23.04.2015 - III ZR 195/14)

Regierungspräsidium Tübingen (Poststelle)
Beschwerde, Referat 14

Sehr geehrte Damen und Herren im Regierungspräsidium,
am 20. März 2018 gab es in Rottenburg eine als öffentlich bezeichnete Gemeinderatssitzung mit einer wichtigen und viel-diskutierten Entscheidung über künftige Gewerbegebiete. Es gab sehr viele Besucher, die gerne die Sitzung verfolgt hätten, aber es sollten von vornherein nur maximal 100 Zuhörer*innen eingelassen werden. Leider wurde ich persönlich mit vielen anderen daran gehindert, die Sitzung ordnungsgemäß zu verfolgen. Wir wurden an der Türe abgewiesen und durften den Sitzungssaal nicht betreten. Es wurde zwar eine akustische Übertragung ins Treppenhaus arrangiert, jedoch war auf diese Weise eine Öffentlichkeit nicht vollkommen hergestellt.

Die Verwaltung hätte die Sitzung von vornherein vorausschauend so planen können und müssen, dass alle interessierten Bürger*innen die Möglichkeit der Teilnahme gehabt hätten.

Bitte, prüfen Sie meine Beschwerde und die Rechtmäßigkeit des Ausschlusses so vieler Bürger*innen von der Sitzung. Bitte teilen Sie mir in diesem Zusammenhang auch mit, ob der Beschluss des Gemeinderats unter diesen Umständen überhaupt Bestand haben kann.

Es grüßt Sie freundlich

Hildegard Höppel
Hörnleweg 9
72108 Rottenburg am Neckar

Rottenburg – ein Schmarotzer? Leserbrief von Dr. Emanuel Peter

Lebt Rottenburg „auf Kosten anderer Städte und Gemeinden“, weil es „über deutlich weniger Arbeitsplätze und über deutlich geringere Steuereinnahmen“ als andere Mittelzentren (RoMi Nr. 15) verfügt!?

Selten hat ein Bürgermeister-Trio die eigene Stadt so schlecht geredet wie OB Neher und die Bürgermeister Weigel und Dr. Bednarz. Offensichtlich steht das Trio mit dem Rücken zur Wand, um mit unhaltbaren Behauptungen neue Gewerbegebiete durchzusetzen. Sie unterstellen, neue Arbeitsplätze entstünden nur oder hauptsächlich

durch Gewerbe. Von 1.600 neuen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gab es im Zeitraum 2011-2016 nur 44 im produzierenden Gewerbe mehr, dafür 495 in Handel und Gastgewerbe und 1.000 in den „Sonstigen Dienstleistungen“ (Statistisches Landesamt). Zählen diese Arbeitsplätze in Erziehung, Pflege und Verwaltung für das Trio etwa nicht? Bringen sie durch Lohnsteuern und Kaufkraft etwa keinen Gewinn für unsere Stadt?

Ganz abgesehen von der „Kopfpauschale“ von über 1.500 Euro pro Einwohner, die die Stadt vom Land

über den Kommunalen Finanzausgleich für Daseinsvorsorge und Infrastruktur erhält. Was soll diese Angstmache mit Zahlentricks? Muss jede Stadt durch möglichst viel Gewerbe und Industrie verunstaltet werden?

Unsere Lebensqualität durch gute Landwirtschaft, Natur, Naherholung, KITAS und Pflege sollte durch eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt und durch gut bezahlte und dauerhafte Arbeitsplätze erhalten werden. Davon profitieren auch andere Städte!

Rottenburger Träume

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen:

Die Stadt Rottenburg am Neckar bewirbt sich für die Landesgartenschau im Jahr XY, verspricht einer Fachkommission aus der Landeshauptstadt die Errichtung von Hängenden Gärten der Semiramis, umspielt von schwimmenden Trauminseln, die künftig von munteren Nachen und Flößen umschifft werden und, ufernah, ganz sanft Äolsharfen die Ohren und Herzen der Promenierenden erwärmen, Kinderchöre intonieren die Heilige Messe *Glaube und Forst*, ein gestandener Männerchor schmettert unter Hörnerklängen der Vereinigten Jägerinnung die Motette *Ich glaub', da blüht uns was*, einstudiert von der Hochschule für Kirchenmusik Rottenburg, am Schänzle sind im Rahmen eines Orchideen-Roulettes verführerisch duftende



Foto: N.

Gebinde zu gewinnen, die durch die neue *Pumpstation Wegentalbach* am nämlichen Ort vollautomatisch bewässert werden, ein hochkarätig besetztes Komitee von der renommierten Hochschule für Forstwirtschaft verlässt am ehemaligen Schlachthaus den festlich geschmückten Vierspänner und wird vom Ministerpräsidenten und seiner Entourage freundlich begrüßt, darf der Regent doch der Hochschule zum dritten Mal die Urkunde *Qualifikation zur Exzellenzuniversität* mit warmen und dankenden Worten und dem dazugehörigen Siegel überreichen, während eine Abordnung von rund 285 Kindern aus allen Kitas der Stadt, akkompagniert von rüstigen Seniorinnen und Senioren aus den umliegenden Einrichtungen, dabei weiß-rote Wimpel munter schwenkend, begeistert applaudiert.

Zur selben Zeit, nicht weit von der beschaulichen und romantischen Landesgartenschau entfernt, im Gewinn

Galgenfeld, gibt es einen lauten Wettbewerb von hochgeschäftigen Planieraupen, Cat Radladern, Scrapers, Michigan 85 A und anderem schweren Gerät. Der bislang fruchtbare Boden im Windschatten des Rammerts muss für ein künftiges Gewerbegebiet plattgemacht werden, denn Rottenburg will unter keinen Umständen auf Kosten anderer Gemeinde und Kommunen leben, blühen und gedeihen. Daher der Baueifer ohne Nachhaltigkeit, verbunden mit Versprechungen auf blindes Wachstum.

Aber noch kann der Wahnsinn verhindert werden – für Kinder, Enkel und die nachwachsenden Generationen, wenn wir wachsam sind.



Dr. Christian Hörburger

Gemeinderat

„DIE LINKE“

Rottenburg - Obernau

Aktionsbündnis ist aktiv

Am Samstag, den 21. April startete das **Aktionsbündnis gegen ein Gewerbegebiet auf dem Galgenfeld/Herdweg** die Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren.

Unterstützt wird das Bürgerbegehren vom Ortschaftsrat Kiebingen und der **LINKEN** in Rottenburg. Der Beschluss des Gemeinderats vom 20. März ermöglicht nicht nur die Bebauung vom Galgenfeld, sondern auch weitere „Potenzialflächen“ in Wurmlingen, Wendelsheim, Seeborn, Ergenzingen, Hemmendorf und Dettingen. Die „Gewerbe-strategie“ geht von 35 Hektar neuer Gewerbefläche aus.

Es werden alle aufgerufen, den Antrag auf ein Bürgerbegehren zu unterschreiben und selbst Unterschriften zu sammeln.



Foto: N. Kern



Familiennachzug und „Ankerzentren“

Seehofer als Erfüllungsgehilfe der AfD

Die bayrisch-katholische Troika aus Seehofer, Dobrindt und dem neuem Ministerpräsidenten Markus Söder kloppt markige Sprüche über Familiennachzug von geflüchteten Minderjährigen. Der Verkehrsminister-Versager Dobrindt hetzt gegen die „SPD-Einwanderungs-Agenda in unsere Sozialsysteme“. Söder fordert, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche nur noch nach einem Wertekunde-Unterricht zum Regelunterricht in den Schulen zugelassen werden. Seehofer will den Zugang von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten zur Ausbildung verschärfen. Schon immer wurde der Wahlkampf auf dem Rücken der sozial Schwächsten ausgetragen.

Geflüchtete verringern Fachkräftemangel

Doch jetzt sprengt die unchristliche Familienpolitik der CSU alle Ketten und schadet massiv der Wirtschaft. Jeder weiß: Junge Geflüchtete integrieren sich schneller und besser, wenn ihre Familie vor Ort ist. Beim Familiennachzug geht es um eine lächerliche Zahl von 60.000 Personen. Natürlich ist die CSU damit überfordert, so wie beim Denken überhaupt! Denn im letzten Jahr hat sich die Zahl der jungen Geflüchteten in Lehre laut Bundesagentur für Arbeit um 15.400 auf fast 28.000 verdoppelt, in Nordrhein-Westfalen waren es dreimal mehr als im Vorjahr, in Bayern schlossen 2.700 einen Lehrvertrag ab. An vorderster Stelle waren es Afghanen, Syrer und Iraker, danach Eritreer und Iraner in kaufmännischen und handwerklichen Lehren. Insgesamt ist der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Ausländer von acht Prozent (2015) auf 14 Prozent gestiegen.

Die jungen Flüchtlinge verringern damit die Lücke von Fachkräften, der jahrzehntelange Lehrlingsrückgang wurde dank der Flüchtlinge gestoppt. Gern würden Handwerk und Betriebe noch mehr einstellen. Aber sie beklagen

die hohen bürokratischen Hürden und fehlende Rechtssicherheit bei Ausbildungsverträgen.

Zwar gilt für junge Geflüchtete die Drei-plus-Zwei-Regelung: Wer eine Ausbildung beginnt, darf nach der Lehre hier noch zwei Jahre arbeiten, selbst wenn sein Asylantrag abgelehnt würde. In der Heimat wäre seine Berufsausbildung ein wesentlicher Beitrag zum Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes. Aber die bayrische Landesregierung verhindert häufig, dass junge Afghanen eine Lehre antreten, kritisiert die Bayrische Industrie- und Handelskammer (BIHK) die Landesregierung, denn wenn die jungen Geflüchteten keine Duldung erhalten, schließen die Betriebe keinen Vertrag ab.

Seehofer will Grundrechte beseitigen

Aber schließlich will Heimatmuseumsdirektor Seehofer Ausbildung verhindern. Sein „Masterplan für Abschiebung“ durch Kasernierung von Geflüchteten beseitigt bewusst den Schulbesuch von Flüchtlingskindern! Er plant fünf „Anker“-Zentren für Geflüchtete unterschiedlichster Nationalitäten, die Abkürzung für „Ankunft – Entscheidung – Rückführung“. Doch für die Bearbeitung von 350.000 anhängigen Gerichtsverfahren hat er nicht einmal genug Richter.

Seehofer geht es um gezielte Hetze gegen Geflüchtete, deren Isolierung von Solidarität und Unterstützung durch die Bevölkerung und die Beseitigung von Grundrechten. Denn das Recht auf Bildung gehört als Artikel 26 zu den Menschenrechten und gilt unabhängig von Nationalität, Religionszugehörigkeit und sozialer Situation von Kindern. In oberbayerischen Transitzentren wurde 200 schulpflichtigen Kindern und etwa 300 berufsschulpflichtigen Jugendlichen in so genannten „Transitzentren“ der Schulbesuch verwehrt.

Jedoch hat Seehofer seine erste Niederlage einstecken müssen, als mithilfe

von Münchner Rechtsanwälten und ProAsyl das Münchner Verwaltungsgericht diese Praxis für rechtswidrig erklärte. Schließlich gilt in Deutschland für diese Altersgruppen eine Schulpflicht. Der Kampf der Unterstützergruppen und ProAsyl gegen die systematische Aushöhlung des Asylrechts und anderer Grundrechte gehört unterstützt!

Widerliche AfD-Anfrage

Dobrindts Hetze gegen Geflüchtete versucht die AfD noch zu übertrumpfen, indem ihre Bundestagsfraktion die Zunahme von Schwerbehinderten als Folge von Inzest ansieht, besonders bei Geflüchteten. Dort sei Inzest durch „eine größere Häufigkeit von Ehen innerhalb einer Kernfamilie bzw. eines Clans, einer Sippe“ anzutreffen (AfD-Kreissprecher Lobenstein). Dies unterstellt die AfD in ihrer Anfrage an die Bundesregierung vom 12. März. Ihr zufolge könnten „60 Prozent des Todesfälle und Erkrankungen betroffener Kinder vermieden“ werden, „wenn die Inzucht beendet würde“.

Dieses widerwärtige Denken haben der Deutsche Ethikrat und die Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe scharf kritisiert. Das Bundesarbeitsministerium gibt in ihrer Antwort an, dass die Zahl der Schwerbehinderten von 6,71 Mio. (2001) auf 7,61 Mio. (2015) angestiegen ist. 94 Prozent davon sind Deutsche, angeborene Behinderungen gingen in dieser Zeit von 4,1 auf 3,8 Prozent zurück.

DIE LINKE wird diese Neuauflage der Diskussion über „unwertes Leben“ im Behindertenbeirat Rottenburg zum Thema machen.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Wie „Real“ in Weilheim mit Leiharbeitern umgeht Hartz IV – Gipfel unserer „Leistungsgesellschaft“

Kürzlich hat eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung an den Tag gebracht, dass fast 19 Prozent aller Beschäftigten in Firmen ohne Betriebsrat und Tarifvertrag nicht den gesetzlichen Mindestlohn bekommen.

In Zahlen: 2,7 Millionen Beschäftigte erhalten weniger als 8,84 Euro pro Stunde und müssen mit Hartz IV aufstocken. Denn Firmen zahlen von vornherein so wenig, dass der Staat zuzahlen muss. Das betrifft nicht nur Hotels, Gaststätten und Einzelhandel, sondern auch große Konzerne wie Daimler mit ihrer Dreiklassen-Belegschaft (Stamm-, Leiharbeiter und Werkverträger, letztere mit einem Drittel des Tariflohns) oder die Supermarkt-Kette Real. Sie lehnte die Weiterbeschäftigung aller Leiharbeiter der Agentur Mumme ab, weil sie nach neun Monaten einen Anspruch auf gleiche Bezahlung gehabt hätten. Das sei Real angesichts von niedrigen Gewinnen in der Lebensmittelbranche nicht zuzumuten (Tagblatt, 14.4.2018)!

Krokodilstränen von Rosemann (SPD)

SPD-Bundestagsabgeordneter Martin Rosemann weint Krokodilstränen, dass Real die realen Absichten des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes nicht erkannt habe. Wirklich nicht? Es ist doch der Kern der Hartz-Gesetze von SPD, Grünen, FDP und CDU, dass sie zum einen Arbeitslose zuerst enteignen, bevor sie überhaupt einen Anspruch auf Zahlung von aktuell 416 Euro im Monat haben. Mit Hartz IV, so Jens Spahn (CDU), habe „jeder das, was er zum Leben braucht“.

Zweitens werden Hartz-IV-Bezieher mit Sanktionen und Kürzungen drangsaliert, falls sie einen Termin verpassen. Erniedrigung und Hunger soll sie

zur Aufnahme jeglicher Art von Arbeit zwingen. Bei einem verpassten Termin im Jobcenter werden ihnen zuerst 10 Prozent gestrichen, im Wiederholungsfall innerhalb von 12 Monaten um 60 Prozent und schließlich das gesamte Geld! Besonders hart werden Bezieher unter 25 Jahren „bestraft“, beim ersten Regelverstoß wird ihr Regelsatz komplett gestrichen.

Mit diesen Hartz-Gesetzen ist es Konzernen und ihrer Regierung gelungen, in Deutschland einen riesigen Niedriglohnssektor durchzusetzen und den Widerstand von Gewerkschaften gegen Tariffucht zu brechen. Die Lohnquote – Anteil von Einkommen der Beschäftigten am erarbeiteten Bruttoinlandsprodukt eines Jahres – ist systematisch zugunsten der Unternehmer- und Aktionärsprofite gesunken:

Die Dividende von rund 600 untersuchten Unternehmen steigt 2018 im Vergleich zum Vorjahr kräftig um 11,6 Prozent auf den Rekordwert von insgesamt 52,6 Milliarden Euro. Die wachsende Konzernmacht ermöglicht erst die Umgehung des ohnehin niedrigen Mindestlohns, die Durchsetzung von immer mehr Leiharbeit und Werkverträgen.

Leistungsgesellschaft tötet Solidarität

Aber neben diesen ökonomischen Aspekten beruht Hartz IV mit seinem Grundsatz „Fördern und Fordern“ auf einem perfiden Menschenbild und zerstört jede humane Solidarität mit Menschen in Notlagen. Denn Hartz IV (und das Subsidiaritätsprinzip) bedeuten, dass nur Personen, die etwas für die Besitzer an Produktionsmitteln, also Unternehmens- und Konzerninhaber „leisten“, ihnen Gewinne erwirtschaften, ein Recht auf Menschenwürde und Menschenrechte haben. Alle anderen haben ihre Würde verwirkt, weil sie

sich den Zwängen der Herrschenden nicht unterwerfen (wollen).

Deshalb war es schon in den 60er Jahren so, dass Rechtsextreme und Konservative gegen das „arbeits-scheue Gesindel“ der Gammler hetzten und Treibjagden organisierten. Am 27. August 1970 kam es in Konstanz zum „Gammler-Mord“ an dem Lehrling Martin Katschker durch Rechtsextreme. Gegen die Rock- und Popkonzerte am Bodensee rief das NPD-Mitglied Eyermann im Gemeinderat und per Flugblatt zu einer Säuberungsaktion „gegen das arbeits-scheue und asoziale Gesindel der Berufsgammler“ auf und bereitete mit dieser Pogromstimmung den Boden für das Attentat des Druckereihilfsarbeiters Hans Obser auf den Lehrling. Noch heute werden Obdachlose von der Polizei aus den Fußgängerzonen der Innenstädte gejagt und von Rechten immer wieder angegriffen, manchmal sogar angezündet.

Hartz IV ist ein menschenverachtendes Gesetz für Konzerne zur Lohnsenkung und zur Entsolidarisierung in der Gesellschaft. Es gehört ersatzlos gestrichen und ersetzt durch einen Mindestlohn von 12 Euro und eine armutsfeste Grundsicherung, die ein Leben in Würde und mit allen Rechten ermöglicht! Solange es noch Hartz-IV-Gesetze und Leiharbeit gibt, müssen Leiharbeiter vom ersten Tag an den gleichen Lohn wie Festangestellte erhalten. Auch dafür gehen wir am 1.Mai auf die Straße.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Tübingen

Maifeier des DGB zum Tag der Arbeit

Demo, Kundgebung Familienfest

mit Michael Futterer, stellv. Landesvorsitzender der GEW Baden - Württemberg

**Dienstag, 1. Mai 2018
10:30 Europaplatz
11:00 Marktplatz**



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Von guten und bösen Halmen Umweltfrevler im Küchenschrank

Es war höchste Zeit, dass die größten Umweltverschmutzer dingfest gemacht werden. Sie meinen, dass es die mit Betrugssoftware fahrenden Dieselstinker sind, die noch in Betrieb befindlichen Kohlekraftwerke oder die Atomkraftwerke mit ihren Brennstäben, von denen man nicht weiß, wohin damit? Weit gefehlt! Es sind Plastiktrinkhalme! Ja, diese bunten Röhrchen, mit denen man Köstliches in sich hineinsaugen oder auch Luft in die Flüssigkeit mit lustigem Blubbern hineinblasen kann.

Sie können sich nicht vorstellen, welch ein Schauer, welch Entsetzen und welche Abscheu mich erfasste, als ich in unserem Küchenschrank tatsächlich Plastiktrinkhalme entdeckte. Welche ein Leichtsinns war es, sie - wer weiß lange - übersehen zu haben. Aber ich habe von ihrer Gefährlichkeit nichts gewusst. Ich bin sozusagen umweltschädlich schuldlos. Aber wie heißt es? Unwissenheit schützt vor Strafe nicht. Schlimm wäre es gewesen unseren kleinen Enkel fahrlässig zum Umweltsünder gemacht zu haben.

Rechtzeitig las ich, dass eine namhafte Fastfood-Kette in 1300 britischen Filialen nur noch Trinkhalme aus Papier verwendet. Seattle verbietet ab Juli

2018 Plastikhalme in Restaurants. Die schottische Regierung will Plastikhalme ganz verbieten. Ich bin mir nicht sicher, ob es in diesem Fall eine Vernunftentscheidung oder nur Geiz ist.



Viele böse und ein guter Trinkhalm

Halme werfen böse dunkle Schatten - siehe Foto. Ich bin froh, dass die kommende Generation, zumindest in den Regionen, in denen sie verboten werden, keine Beitrag zur Vermüllung der Weltmeere mit Mikroplastik aus Trinkhalmen leisten kann. Weil die Halme so klein und leicht sind, werden sie wohl nicht sachgerecht entsorgt und landen dann im Meer. Meiner Quelle ist zu entnehmen, dass tagtäglich schätzungsweise zwischen 3 000 000 000

und 6 000 000 000 Trinkhalme verwendet werden. Warum die Schätzung nicht genauer ist, liegt wohl daran, weil die Dinger so klein sind.

Gerade habe ich die Idee, eine kleine Kreislaufgeschichte für Kinder zu schreiben: Vom Kindermund in Fisches Maul zum Kindermund. Eine kleine Kreislaufgeschichte für Kinder von 2 bis ??? Jahren.

Ich möchte die Sache mit den Mikroplastikteilchen nicht lächerlich machen, aber welches Beispiel eignet sich besser, um Symbolpolitik im Umweltschutz darzustellen?

Mein schlechtes Gewissen bezüglich der Halme im Küchenschrank wurde übrigens durch die Tatsache etwas gedämpft, dass sich unter den bösen Trinkhalmen ein guter, wohl umweltverträglicher, Halm befand. (Auflösung s. unten)

Und noch etwas: Nicht jeder Halm ist ein rettender, es sei denn er ist aus Stroh.

Auflösung: Es ist der mit den Sternchen. Er ist aus Papier.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 28. April 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 2. Mai 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 2. Juni 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 6. Juni 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7,

Kontakt zu **linksjugend rothenburg**:
facebook.com/solid-rothenburg-a.N.
E-Mail: rothenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe: **Freitag, 25. Mai 2018**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion
Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49